

Bälle und Büstenhalter

Seit dem Tode des Diktators François („Papa Doc“) Duvalier fließen wieder amerikanische Dollar auf die Antillen-Insel.

Vor einem schäbigen Geschäftshaus in der Rue des Remparts, mitten im Hafenviertel der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince, staut sich eine lange Schlange barfüßiger, ausgemergelter Gestalten — an jedem Tag der Woche außer sonntags, von morgens um halb sieben bis abends um zehn Uhr.

Im Innern des Gebäudes arbeiten vier Ärzte und zwölf Krankenschwestern in Wechselschicht:

Sie zapfen den Wartenden Blut ab und lassen von Laborantinnen das Blutplasma herausziehen, das die wesentlichen Proteine, Mineralsalze und Abwehrfermente enthält. Dann spritzen sie das nun wertlose Blut sorgsam wieder dort ein, wo sie es entnommen haben. Für einen Liter Blut erhalten die Spender drei Dollar (zehn Mark) — viel Geld in einem Land, in dem der Mindestarbeitslohn nur knapp einen Dollar pro Tag beträgt.

Täglich kommen denn auch rund 300 Haitianer zum Aderlaß. Und so kann das Zapf-Unternehmen — eine nord-amerikanische Privatfirma mit Namen „Hemo Caribbean“ — allmonatlich rund 5000 Liter tiefgefrorenes Plasma nach USA verschiffen. Dort wird es an US-Krankenhäuser verkauft. „Unsere Gewinnspanne“, findet der österreichische Biochemiker und technische Direktor der Hemo, Werner A. Thill, „ist nicht extrem hoch: vielleicht vier bis fünf Dollar pro Liter.“

Das makabre Blut-Business der Hemo Caribbean kennzeichnet einen Boom amerikanischer Geschäftsinteressen auf der Antilleninsel, wie es ihn seit Jahren nicht gegeben hat. „Das Land wird parzelliert“, so der Londoner „Guardian“, „und für ein Ei und ein Butterbrot an ausländische Gesellschaften, Spekulanten und Geschäftemacher vergeben.“

Doch das Geschäft blüht erst seit einigen Monaten — seit der ausgeblutete Inselstaat nicht mehr von dem halb-irren Despoten François („Papa Doc“) Duvalier regiert wird.

Papa Docs Regime war derart blutrünstig, daß sich US-Präsident John F. Kennedy 1963 veranlaßt sah, die staatliche Hilfe der USA für die älteste Negerrepublik der Welt fast völlig einzustellen. Auch private Investitionen sanken auf einen Tiefpunkt.

Schon zwei Tage nach Papa Docs Begräbnis im vergangenen April jedoch kündigte der (schwarze) US-Botschafter in Haiti, Clinton Knox, vor ausländischen Journalisten an, die Vereinigten Staaten würden Haiti ein Landwirt-



Haiti-Präsident Jean-Claude Duvalier
Nach einer blutigen Epoche ...

schaftsdarlehen von 750 000 Dollar zukommen lassen. Erstmals seit 1963 reiste wieder ein Vertreter der US-„Agentur für internationale Entwicklung“ (AID) nach Haiti. Die Interamerikanische Entwicklungsbank stellte für 1971 rund 1,8 Millionen Dollar an Krediten zur Verfügung.

Diktator Duvaliers Nachfolger, Sohn Jean-Claude Duvalier, 20, zeigte sich für das erwiesene Vertrauen mit ein paar schönen Gesten erkenntlich: Er versprach eine Amnestie, die allerdings nicht für „Kommunisten und Unruhestifter“ gelten sollte. Und er schaffte Vaters berühmte Totschlägertruppe, die „Tonton Macoutes“, ab — freilich nicht, ohne selbst eine Leibgarde, die „Leoparden“, aufzustellen, in der sich viele alten Tontons wiederfinden.

Schon schien die Insel den amerikanischen Nachbarn viel attraktiver: US-Kreuzfahrten-Reeder ließen im vergangenen Jahr ihre Schiffe erstmals wieder regelmäßig Cap Haitien anlaufen. Die Pan American World Airways propagierten die Insel als preisgünstiges Winterferienggebiet im karibischen Raum. Rund 90 000 Touristen verbrachten im vergangenen Jahr schöne Tage auf der „Perle der Antillen“ — soviel wie zuletzt im Jahre 1955, bevor Papa Docs finsternes Regime die Gäste vertrieb.

Das texanische Konsortium Dupont Caribbean begann auf der zu Haiti gehörenden Insel Tortuga mit dem Bau eines riesigen Touristenzentrums, das Hotels, Spielkasinos und zollfreie Läden umfassen soll. Der auf 99 Jahre laufende Vertrag räumt dem US-Konsortium das Recht ein, darüber zu entscheiden, welche anderen ausländischen Firmen sich auf Tortuga ansiedeln dürfen — Firmen aus kommunistisch kontrollierten Ländern sind nicht zugelassen. Völlige Steuer- und Zollfreiheit soll zusätzlich Investoren nach Tortuga locken.

Minimale Steuern, uneingeschränkte Transfer-Möglichkeiten für Gewinne und niedrigste Löhne zogen zudem Dutzende von zumeist nordamerikanischen und kanadischen Fertigungsbetrieben nach Haiti. Aus zollfrei eingeführten Rohstoffen werden dort von Einheimischen Baseballs, Männerhemden und Büstenhalter (Marken Formflex, Melody und Lady Marlene) zusammengestichelt und dann in den USA auf den Markt gebracht.

Auch Haitis Bodenschätze sind fest in US-amerikanischer Hand: Im vergangenen Januar vergab Haitis mächtiger Innen- und Verteidigungsminister Luckner Cambronne die Erdöl-Konzession auf dem gesamten nationalen Territorium für 35 Jahre der US-Firma Wendell Phillips.

Luckner Cambronne, einst Chef der Tonton Macoutes, kurbelte auch andere Geschäfte an: Er sorgte dafür, daß Haiti neben der Dominikanischen Republik die Lizenz für Schnell-Scheidungen ergatterte, die das mexikanische Scheidungsparadies Ciudad Juárez im vergangenen Jahr aufgab. Die Agentur, die Ehemüde gegen Entgelt dem Scheidungsrichter zuführt, gehört Cambronne.

Dem Verteidigungsminister mag auch zu verdanken sein, daß die USA, wenn auch nur inoffiziell, seit einigen Monaten wieder Waffen und Instruktoren für die haitianische Armee liefern. Als Jung-Präsident Duvalier („Baby Doc“) im vergangenen November am Tag der Armee erstmals eine Parade seiner „Leoparden“ abnahm, trug er, wie seine Leibgarde, amerikanische Tarnuniform. Mit von der Partie bei der Parade war auch der „Leoparden“-Instrukteur, ein amerikanischer Marineveteran.

Derart abgesichert, scheint Haitis Entwicklung in ein Eldorado für Privilegierte nicht mehr aufzuhalten zu sein. Für viele der fünf Millionen Haitianer jedoch wird weiterhin der Verkauf ihres Bluts die einzige Einnahmequelle blei-



Slum in Haiti
... Blutkonserven für die USA

ben — eine Quelle, die möglicherweise schon bald wieder versiegen kann:

46 US-Kongreßmitglieder beanstandeten kürzlich den Blut-Handel der Hemo Caribbean. Die Plasma-Konserven, so sorgten sie sich, könnten die amerikanischen Empfänger mit haitianischen Krankheiten verseuchen.

FRANKREICH

Tod für nichts

Vor den Toren des französischen Automobilkonzerns Renault wurde ein Arbeiter erschossen. Kommunisten verhinderten, daß Linksextremisten daraus politisches Kapital schlagen konnten.

Wenn es bei Renault nicht klappt, so wissen französische Politiker aus Erfahrung, klappt es auch in Frankreich nicht.

Am Freitag vorletzter Woche geschah bei Renault Ungeheuerliches:

schmuggelt, war aber entdeckt und hin-ausexpediert worden.

Mit einer roten Fahne in der Hand stand nun Jung-Maoist Overney am Eingangstor. Einst selbst Renault-Arbeiter, war Overney vor einem Jahr gefeuert worden, weil er seinem Werkmeister auf dessen Wunsch hin das Sartre-Linksblatt „La cause du peuple“ verkauft hatte.

Als seine Polit-Kumpane einige Meter auf das Werks Gelände vordrangen und mit den Wächtern ins Handge-meine kamen, stürmte Jean-Antoine Tramoni, 36, Chef des Renault-Werkschutzes, auf die Gruppe zu. Er zog seinen Revolver und erschoss Overney.

Was noch vor drei Jahren wahrscheinlich zu einem Aufstand der Renault-Arbeiter geführt hätte, provozierte nun lediglich verbale Proteste von linken Gewerkschaftern und Politikern. Zwar rief die radikale Gewerkschaft CFTD für Montag vergangener Woche zu einem Streik im Renault-Werk auf, zwar erschien — ähnlich wie bei früheren Gelegenheiten — Sartre am Werks-

vor zweieinhalb Jahren noch mit der Solidarität vieler Franzosen rechnen, müssen sie heute jeden Zusammenprall mit der Staatsautorität fürchten, weil er ihnen keine Sympathie mehr verschafft.

Trotzig marschierten dennoch am Montagabend vergangener Woche 20 000 sogenannte Gauchisten — Linksradikale aller Schattierungen — zusammen mit Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, dem Mai-Anführer Alain Geismar, dem Trotskisten Alain Krivine und dem linkssozialistischen Volksvertreter Michel Rocard, von der Metro-Station Charonne zur Place de Stalingrad. Im Chor riefen sie: „Wir werden Overney rächen.“

Als sich der Umzug aufgelöst hatte, bauten Jugendliche eine Barrikade, zündeten ein Auto an und griffen die bereitstehende Einsatzpolizei CRS mit Steinen an. Diese setzte Tränengas ein und verhaftete 23 Demonstranten.

Doch ein neuer Mai 1968, auf den Sartre und die jugendlichen Aktivisten gesetzt hatten, blieb dank der kommunistischen Law-and-Order-Taktik aus.

Während die linken Ultras versuchen, den traditionellen und in Frankreich immer noch populären Anarcho-Syndikalismus zu forcieren, geht es den Kommunisten darum, mit Hilfe ihrer straff organisierten Gewerkschaft CGT ein politisches Sprungbrett für einen Wahlerfolg der KPF zu schaffen. Einzig durch Wohlverhalten gegenüber den Unternehmern können sie erreichen, daß diese auch politische Aktivitäten der betrieblichen Parteizellen dulden.

Gründliche Gewerkschaftsarbeit ist für französische Links-Politiker oft Voraussetzung dafür, später in Arbeitervierteln bei Gemeinde- und selbst Parlamentswahlen zu gewinnen. Aus diesem Grund versuchen die Parteien oft, ihre Kandidaten in Gewerkschaftsorganisationen einzuschleusen.

Anders die Linksextremen: Sie haben ohnehin keine Chance, bei Wahlen durchzukommen. Ihr Ziel ist vielmehr, spontane Streiks zu entfesseln und durch eine Ausweitung — wie im Mai 1968 — Anhänger zu gewinnen.

Das wissen auch Frankreichs Unternehmer: Seit Jahren schon fördern die Automobil-Produzenten Citroën und Peugeot die lammfromme Gewerkschaft Confédération française du travail (CFT), in der die Mehrheit der Arbeiter dieser Unternehmen — zum Teil zwangsweise — organisiert ist.

Das Staatsunternehmen Renault braucht diese unternehmerfreundlichen Gewerkschafter nicht — hier sorgen für Ruhe und Ordnung wirksamer die Kommunisten. Nicht selten soll belastendes Material über maoistische Arbeiter der Renault-Leitung von CGT-Funktionären zugespielt worden sein.

„Es wäre an der Zeit“, fordert Links-Literat Maurice Clavel, „daß eine neue Widerstandsbewegung Renault erneut verstaatlicht.“



Erschossener Maoist Overney vor Renault-Werk: Aufstand der verlorenen Kinder

Ein Wachmann des staatlichen Automobilkonzerns erschoss den ehemaligen Renault-Werker René-Pierre Overney, 23. Dafür, daß der Tod keine politischen Folgen hatte, sorgten die Kommunisten.

Am Freitag vorletzter Woche hatten sich vor dem Renault-Haupttor an der Avenue Emile Zola des Pariser Vororts Boulogne-Billancourt zum Schichtwechsel um 15 Uhr einige Dutzend Maoisten eingestellt und Traktate verteilt.

Neben Erdnußverkäufern und anderen ambulanten Händlern gehören die Linksextremisten auf dem schmutzigen Werksvorplatz schon seit Monaten „fast zur Folklore der Firma“ (so das Boulevard-Blatt „France-Soir“). Ihr Mentor, der Philosoph Jean-Paul Sartre, hatte sich Mitte Februar sogar in einem Mini-Lastwagen ins Werk ge-

tor. Aber umsonst: Die Arbeiter schickten ihn nach Hause und schafften normal weiter.

Denn Frankreichs mächtigste Gewerkschaft, die kommunistische Confédération générale du travail (CGT), der die meisten Renault-Arbeiter angehören, hatte sich für den Werksfrieden eingesetzt.

„Das darf nicht wieder so anfangen wie 1968“, forderte KP-Vizegeneralsekretär Georges Marchais. Das gaullistische Parteiblatt „La Nation“ applaudierte dem Kommunisten-Chef. In „bezeichnender“ (so „Le Monde“) Übereinstimmung spielten Linke und Rechte den Vorfall hinunter. Fragte der „Combat“: „Starb Overney für nichts?“

Vermutlich. „Die Maoisten sind wirklich die verlorenen Kinder des Mai 68“, schrieb „Le Monde“. Konnten sie